

# «Ich habe nie Geheimnisverrat begangen»

Ex-Diplomat Thomas Borer lobbyiert in Bern für die kasachische Regierung – zum Wohle der Schweiz, wie er sagt

Von Benedict Neff

**Bern.** «Thomas Borer im Sold einer fremden Macht», titelte die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) am Mittwoch. Der ehemalige Schweizer Botschafter in Berlin soll für den kasachischen Staat lobbyieren und dafür ein monatliches Gehalt von 30 000 Dollar erhalten, so die Quellen der NZZ. Seine Aufgabe ist es, Kasachstan bei der Auslieferung und Sicherstellung des Vermögens von Viktor Chrapunow zu helfen. Kasachstan wirft ihm Korruption und Veruntreuung vor.

Chrapunow war Bürgermeister der Stadt Almaty. 2007 brach er mit dem kasachischen Regime und floh in die Schweiz. Kasachstan hat an die Schweiz ein Auslieferungsbegehren gestellt. Es wurde im Juni 2014 abgelehnt mit der Begründung, dass Kasachstan kein menschenrechtskonformes Verfahren gewährleiste. Wenig später machte SVP-Nationalrat Christian Miesch (BL) eine Interpellation an den Bundesrat zur Auslieferung von Chrapunow. Acht weitere Nationalräte haben den Entscheid unterzeichnet. Wie Miesch der NZZ erklärte, stand er in diesem Zusammenhang in Kontakt mit Borer.

**BaZ:** Herr Borer, Sie sind schockiert über den Artikel in der NZZ. Wieso eigentlich?

**Thomas Borer:** Sagen wir es so, ich bin über die Tonalität erstaunt: «Borer übt Druck auf den Bund aus. Borer im Solde einer fremden Macht.» Und auf der Frontseite ein Bericht über Putin, der auf die Ukraine Druck macht. Der Leser fragt sich: Wie viele Panzerdivisionen hat Borer in Stellung, wie viele Putin? Das ist reisserisch und gehört zum Boulevard, nicht zu einer – einstmals – führenden Zeitung Europas. Ich übe eine rechtsstaatlich absolut zulässige Tätigkeit aus. Ich berate das kasachische Justizministerium bei der Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden im Zusammenhang mit Strafverfahren über Persönlichkeiten, die Kasachstan um Milliarden betrogen haben und Teile dieser Gelder in der Schweiz gewaschen haben, namentlich Herrn Chrapunow. Die NZZ fabuliert über Machtkämpfe im kasachischen Regime und wundert sich darüber, dass Lobbyisten mit Parlamentariern zusammenarbeiten. Wenn es über ein Thema in Kasachstan zwischen Opposition und Regierung Einigkeit gibt, dann ist es, dass die gestohlenen Gelder zurück nach Kasachstan kommen sollen und die beteiligten Personen ihre gerechte Strafe erhalten sollen.

**Kasachstan hat keine politische Opposition, nur verschiedene Clans. Es ist ein autokratisch regiertes Land.**

Ich widerspreche dem. Aber selbst wenn Sie recht hätten, hiesse das, dass kasachische Verbrecher in der Schweiz Asyl bekommen und ihrer Strafe entgehen sollen?

**Veruntreuung und Korruption hat in der kasachischen Elite System. Glauben Sie, die Leute um Präsident Nasarbajew seien rechtschaffen und redlich?**

Ich masse mir da kein Urteil an. Die Schweiz hat enge politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Kasachstan. Wir halten es nicht für einen Unrechtsstaat. Daher darf es Kasachstan erlaubt sein, Schweizer Hilfe bei der Verfolgung eines wahrscheinlichen Kriminellen zu erwarten.

**Chrapunow habe sich auf Kosten des kasachischen Volkes bereichert, sagen Sie. Selbst lobbyieren Sie für 30 000 Dollar monatlich für Kasachstan. Das zahlt auch das kasachische Volk.**

Wenn Sie ein Rechtshilfe-Verfahren in die Hand nehmen, braucht es Spezialisten wie mich. Der kasachische Staat macht eine einfache Rechnung. Er gibt ein paar Prozent aus, um möglichst viel Geld zurückzubekommen. Das unterstützt auch der Kasake auf der Strasse.

**Sie sagen, Chrapunow wasche Geld. Haben Sie Beweise?**

Ich sage, es liegen Anschuldigungen mit vielen Beweisen vor. Ich stelle die Frage: Wie wird ein einfacher Bürgermeister innert weniger Jahre zu einem der reichsten Männer der Schweiz? Aber auch für Herrn Chrapunow gilt die Unschuldsvermutung.

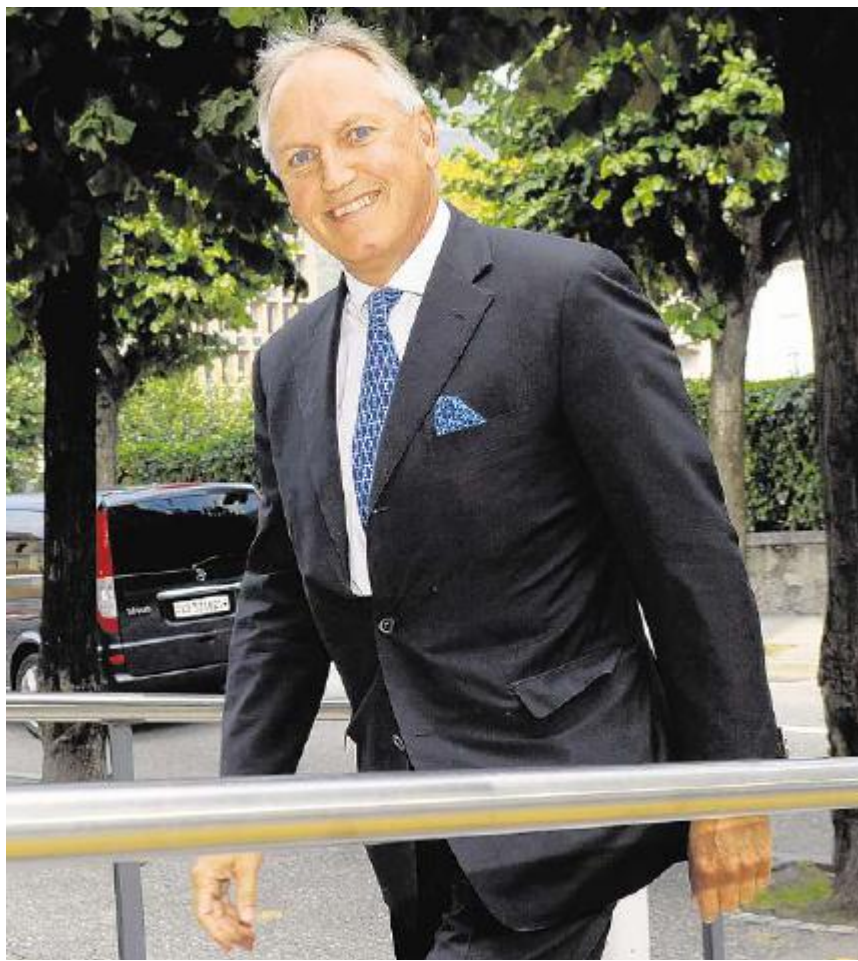
**«Wieso soll meine Arbeit verwerflicher sein als die anderer?»**

**Das Bundesamt für Justiz lehnte ein kasachisches Auslieferungsbegehren ab. Kasachstan könne kein menschenrechtskonformes Verfahren gewährleisten.**

Die Sache ist damit nicht vom Tisch. Es könnte sein, dass Kasachstan noch ein weiteres Gesuch um Auslieferung stellt und dabei gewisse rechtsstaatliche Zusicherungen macht. Auch wäre möglich, dass Kasachstan vorgeschlägt, die Schweiz solle das Verfahren stellvertretend durchführen.

**Sie zeigen sich sicher, dass Kasachstan ein menschenrechtskonformes Verfahren gewährleisten kann.**

Botschafter können die Konformität der Behandlung sicherstellen. Die Schweiz liefert ja zum Beispiel auch Leute an Russland aus.



«Ich bin nicht der Weltgerichtshof.» Thomas Borer, Ex-Botschafter der Schweiz in Berlin, will sich keine moralischen Urteile anmassen. Foto Keystone

**Glauben Sie, Russland garantiere menschenrechtskonforme Behandlung?**

Das ist zumindest die Ansicht der für die Auslieferung zuständigen Behörde.

**Was glauben Sie?**

Ich bin nicht der Weltgerichtshof. Ich wage zu sagen, dass die Menschenrechtssituation in Kasachstan besser ist als in anderen GUS-Staaten.

**Sie waren Diplomat, jetzt stehen Sie auch im Dienst von Kasachstan. Man kann Ihnen das nicht verbieten. Trotzdem: Müssten Sie Mandate für andere Länder nicht ausschlagen?**

Im Gegenteil: Ich kämpfe dafür, dass die Schweiz ein sauberer Finanzplatz wird. Es liegt im Interesse der Schweiz, dass solche Vorwürfe untersucht werden und wir nicht wieder in den Ruf der Geldwäscherei und Kriminalität geraten. Auch mein Engagement für Kasachstan steht in diesem Dienst. Im Übrigen bin ich seit fünfzehn Jahren nicht mehr im Staatsdienst und beziehe keine staatliche Rente.

**Sie sprechen von «ganz normaler Lobbyarbeit» – kein Problem also, dass Ihre Tätigkeit aufgeflogen ist?**

Das ist kein Problem! Ich stehe seit Langem zu meinem Mandat. Ich habe bei meinen Gesprächen in «Bern» immer klar gemacht, in wessen Namen ich agiere. Im Gegenteil, dank der jetzigen öffentlichen Aufmerksamkeit bin ich zuversichtlich, dass wir schneller zu einer Strafuntersuchung kommen. Mich störte die reisserische Art der NZZ. Die NZZ gibt sich naiv – was ich mache, machen Dutzende Lobbyisten jeden Tag. Die NZZ sollte sich zum Beispiel auch fragen: Darf ein Nationalrat Lüscher Chrapunow vertreten?

**Der Journalist schreibt zu Recht, Ihr Fall zeige etwas Exemplarisches. Wir sehen mal konkret, wie Lobbying funktioniert.**

Ach hören Sie auf. Geht es um die Pharma-, Finanzdienstleistungs-, Rüstungs- oder Rohstoffbranche verzichtet die NZZ auf solche Recherchen. Wieso stellt sie da nicht die moralische Frage? Dabei gäbe es diesbezüglich viel Interessantes zu berichten.

**Sie lobbyieren für ein fremdes Land, das ist eine andere Sache.**

Wie gesagt, das ist zulässig! Die Schweiz beschäftigt auch immer wie-

der mal ausländische Lobbyisten, um zum Beispiel ihre Interessen in Washington wahrzunehmen.

**In Ihrem Fall geht es immerhin um die Auslieferung eines Menschen.**

Das ist klar. Daher braucht es ein faires Verfahren. Ich spreche Herrn Chrapunow auch nicht ab, dass er gute Anwälte, PR-Arbeiter und Lobbyisten beschäftigen darf. Beide Seiten sollen ihre Möglichkeiten ausschöpfen dürfen. Eine Zeitung sollte aber nicht nur einseitig meine Rolle hinterfragen! Auch die Schweiz pflegt ein freundschaftliches Verhältnis mit Kasachstan. Wieso soll meine Arbeit verwerflicher sein als die anderer?

**Kennen Sie die Artikel 271/272 im Strafgesetzbuch?**

(lacht)

**271: «Wer auf schweizerischem Gebiet ohne Bewilligung für einen fremden Staat Handlungen vornimmt, die einer Behörde oder einem Beamten zukommen, (...) wird mit Freiheitsstrafe (...) bestraft.» Wieso lachen Sie?**

Sie können beruhigt sein. Ich kenne den Artikel gut. Ich habe mich nicht strafbar gemacht.

**Stimmt es, dass Sie in einem Mail an das kasachische Justizministerium vertrauliche Informationen aus der Bundesanwaltschaft in Aussicht gestellt haben?**

Ich erwarte von Ihnen als Journalist, dass Sie nicht alles glauben, was irgendwo behauptet wird.

**Darum frage ich.**

Ich habe, ähnlich einem Anwalt, Zugang zu gewissen Dokumenten. Diese Dokumente gebe ich an meine Klienten weiter. Aber ich habe als Diplomat und als Lobbyist nie Geheimnisverrat begangen. Ich stifte auch keine Beamten dazu an.

**Die NZZ schreibt, Sie hätten Ihre Dienste Kasachstan offensiv angeboten.**

Ich wurde von einem kasachischen Geschäftsmann empfohlen.

**Wie ist der Name?**

Das sage ich natürlich nicht.

**Haben Sie das Gefühl, Sie seien jetzt in öffentlichen Misskredit geraten?**

(lacht) Ich war in den letzten 20 Jahren in so vielen Schlagzeilen, dass ich wohl das Waldsterben mitverursacht habe. Ich bleibe immer gelassen.

**Warum schreibt der Blick nicht über Ihre Sache?**

Weil der *Blick* eine viel klügere Zeitung ist, als viele meinen.

**Die rechtlichen Querelen mit Ihnen haben die Zeitung domestiziert.**

Den Mann auf der Strasse interessiert das moralisch-elitäre Gerede wenig. Er will wissen: Wie kommt ein Bürgermeister zu Hunderten von Millionen?

## Benzinpreis soll erhöht werden

Bundesrat plant Stromabgabe und Lenkungssystem

**Bern.** «Wir planen ein Lenkungssystem, das einerseits aus einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoff und allenfalls auch auf Treibstoff beruht. Andererseits ist eine Stromabgabe vorgesehen. Wir wollen schrittweise vom heutigen Fördersystem für erneuerbare Energien zu einem Lenkungssystem übergehen», sagte Bundesrätin und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf im Interview mit der *Aargauer Zeitung*, das gestern erschienen ist. Eine überraschende Aussage, ist dank der Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses und des tiefen Ölpreises das Benzin in der Schweiz so günstig wie lange nicht mehr. Sie ergänzte: «Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Parlament bereit wäre, den Benzinpreis um mehr als drei Franken zu verteuern.»

Je nach Variante bringt die Finanzministerin folgende Beispiele an: Der Benzinpreis könne bis 2030 um maximal 26 Rappen pro Liter ansteigen. Der Liter Heizöl würde mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe von 44 bis maximal 89 Rappen belastet. Und beim Strom rechne der Bundesrat mit maximal fünf Rappen pro Kilowattstunde. «Die Beispiele zeigen, wie grosse Lenkungseffekte man erzielen kann. Grundsätzlich gilt: Je mehr man aufschlägt, desto grösser ist der Effekt.» vj

## Mehr Asylgesuche als 2013, weniger als 2012

Anstieg in der Schweiz tiefer als in Europa

**Bern.** Die Zahl der Menschen in Not, die in der Schweiz um Asyl ersucht haben, ist 2014 angestiegen. Es waren elf Prozent oder 2300 mehr als 2013, aber fast 5000 weniger als im Jahr 2012. In Europa stieg die Zahl der Asylgesuche 2014 um 35 Prozent an. Léa Wertheimer, Sprecherin des Staatssekretariats für Migration (SEM), begründet die Entwicklung in der Schweiz damit, dass weniger Menschen mit schwach begründeten Gesuchen in die Schweiz reisten. Zudem hätten andere europäische Länder weiter mehr Zulauf, weil sie bei der Aufnahme grosszügiger seien.

Damit setzt sich ein Trend fort. Noch im Jahr 2012 lag der Anteil der Schweiz aller in Europa gestellten Gesuche bei 8,2 Prozent. 2013 sank sie auf 4,8 und 2014 auf 3,8 Prozent. Allerdings suchen in der Schweiz mit 3,0 Asylsuchenden auf 1000 Einwohner weiter überdurchschnittlich viele Menschen um Asyl nach. Nur in Schweden (8,4), Ungarn (4,4) und Österreich (3,4) ist diese Quote derzeit höher. Der europäische Durchschnitt liegt bei 1,2.

Die Zahl der registrierten Asylgesuche in Europa ist im letzten Jahr von rund 440 000 auf 600 000 gestiegen. So viele Gesuche wurden seit Beginn der

1990er-Jahre – dem Bosnienkrieg – nicht mehr gestellt. Das SEM begründet diese Entwicklung mit den zahlreichen Krisen- und Konfliktherden rund um das Mittelmeer und auf dem afrikanischen Kontinent. In der Folge seien wieder mehr Menschen auf dem Seeweg nach Italien gelangt, hält das Staatssekretariat fest. Allein in Süditalien landeten über 170 000 Menschen.

Wichtigstes Herkunftsland in der Schweizer Asylstatistik war Eritrea. 6923 Personen aus dem afrikanischen Land reichten 2014 ein Gesuch ein, 4360 mehr als im Vorjahr. Allein im Juni 2014 beantragten 1480 Eritreer Asyl. Nach Deutschland und Schweden bleibt die Schweiz ihr dritt wichtigstes Zielland. An zweiter Stelle der Herkunftsländer lag Syrien mit 3819 Anträgen. Damit haben sich diese gegenüber 2013 verdoppelt.

Als wichtigste Ursache nennt das SEM die vorübergehenden Visaerleichterungen für Menschen aus dem Bürgerkriegsland. Drittwichtigstes Herkunftsland war Sri Lanka mit 1277 Gesuchen, wobei sich deren Zahl fast verdoppelt hat (+87 Prozent). Dies sei auf eine neue Asylpraxis zurückzuführen, die sich an der Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs für Menschenrechte orientiert. SDA

## Strommarktöffnung gilt als zu voreilig und zu ambitioniert

Befürworter wollen eine längere Umsetzungsfrist

**Bern.** Die geplante zweite Etappe der Strommarktöffnung elektrisiert sowohl die Branche als auch die politischen Parteien. Zu voreilig, zu ambitioniert seien die Pläne des Bundesrats, kritisieren selbst die Befürworter. Die Gegner einer Liberalisierung sehen in der Vorlage keinen Mehrwert für die Konsumenten.

Mit der zweiten Etappe der Strommarktöffnung will der Bundesrat die freie Wahl des Anbieters ab 2018 für alle ermöglichen. Damit könnten über vier Millionen Haushalte erstmals ihren Anbieter wechseln. Heute profitieren nur Grosskunden von dieser Option. Die Marktöffnung ist aus Sicht des Bundesrats die Voraussetzung für den Abschluss eines Stromabkommens mit der EU. Damit würden beispielsweise die Rahmenbedingungen für Stromimporteure verbessert. Das Abkommen ist aufgrund der vielen offenen Fragen nach der Annahme der Zuwanderungsinitiative derzeit blockiert.

In den umliegenden Ländern sind die Strommärkte längst offen und entsprechende Produkte auf dem Markt. Die gestern zu Ende gegangene Vernehmlassung ruft aber Kritiker der Liberalisierung auf den Plan. Widerstand kommt insbesondere von den Gewerkschaften und anderen linken Kreisen. Die Marktöffnung sei «weder dazu geeignet, die

Energiewende voranzubringen, noch den Service public zu stärken», schreibt die SP. Es gebe keinen ersichtlichen Zusatznutzen für die Haushalte. «Der Strom in der Grundversorgung würde teurer und sicher über den Marktpreisen liegen», moniert auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB). Auch die Grünen sehen mit der geplanten Liberalisierung «eine Vielzahl von Risiken» auf die Schweiz zukommen. Durch den Preisdruck könne sich billiger, nicht oder wenig ökologisch produzierter Strom auf dem Markt durchsetzen.

**Vorbehalte in den Regionen**

Andererseits die Kantone: Die Mehrheit von ihnen ist laut der Energiedirektorenkonferenz für eine Liberalisierung des Strommarkts. Jedoch gibt es auf regionaler Ebene auch Vorbehalte: Bevor der Strommarkt total geöffnet werde, müssten die nötigen energiepolitischen Rahmenbedingungen definiert werden, fordert der Städteverband. Damit gemeint ist vor allem die Energiestrategie 2050 des Bundes. Diese Einwände werden auch von der Strombranche geteilt. Aber auch sie spricht sich grundsätzlich für die vollständige Marktöffnung aus. Weiteres Verbesserungspotenzial sei jedoch bezüglich optimalem Zeitpunkt und Geschwindigkeit der Umsetzung angezeigt. SDA